

FRAGESTUNDE

Beginn: 13.18 Uhr
Ende: 14.15 Uhr

1) Einnahmenänderung seit Einführung der Fahrscheinautomaten

GR. Ing. **Lohr** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage:

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, werte Zuhörer auf der Besuchergalerie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Beobachtungen zeigen, dass das Bedienen der neuen Fahrscheinautomaten für viele Fahrgäste der Holding Graz Linien in den Straßenbahnen noch immer mit Schwierigkeiten verbunden ist. Durch fehlendes Kleingeld, durch defekte Bankomatkarten oder durch Sprachprobleme kann der Erwerb eines Fahrscheines durchaus bis zu fünf Minuten oder längere Zeit in Anspruch nehmen. Durch derartige Vorkommnisse wird die Wartezeit für andere Passagiere eine große Geduldsprobe. Vielfach steigen diese Fahrgäste bereits wieder aus, bevor sie überhaupt die Möglichkeit hatten, eine Fahrkarte zu lösen. So konnte beobachtet werden, dass auf der Strecke zwischen Eggenberger Gürtel und Hauptplatz gerade ein Fahrgast den scheinbar schwierigen Umgang mit dem Automaten bewältigte. Als Karten noch beim Fahrer zu erwerben waren, kamen derartige Verzögerungen kaum vor. Es ist also anzunehmen, dass seit der Einführung der Fahrscheinautomaten ein entsprechender Rückgang der Einnahmen aus dem Verkauf von Fahrscheinen zu verzeichnen ist.

Daher stelle namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin, nachfolgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, bei der Holding Graz Linien (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) in Erfahrung zu bringen, in welcher Höhe sich die Einnahmen aus dem Verkauf von Fahrscheinen in den Straßenbahnen seit Einführung der Automaten verändert haben (*Applaus FPÖ*)?

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Ich habe das in Erfahrung gebracht. Ich möchte ganz kurz noch einmal ein bisschen ausholen zum Thema Umstellung Fahrscheinverkauf auf Fahrscheinautomaten, das war eines der größeren Projekte in den letzten Jahren, das die KundInnen der Graz-Linien betroffen hat. Natürlich auch in solchen Umstellungen muss man mitberücksichtigen, dass es nicht vom Anfang an sofort reibungslos funktioniert, aber allerdings können wir vorausschicken, dass im Vorfeld versucht wurde, möglichst viel abzuklären, es wurde der Fahrgastbeirat einbezogen, die steirischen Blinden- und Sehbehindertenverbände, das steirische Kinderbüro und das SeniorInnenreferat der Stadt Graz. Neben der intuitiven graphischen Benutzeroberfläche war es den Graz-Linien im Zuge dieses Projektes auch möglich, die Bezahlformen mittels Maestro- und Kreditkarten einzuführen. Das sind ungefähr 29 % inzwischen, die bargeldlos Fahrkarten kaufen. Wir haben dann auch natürlich das begleitet, es gab dann eine Analyse vom Institut Center für mobility research and engineering, die im heurigen Frühjahr ergeben hat, dass nur knapp drei Prozent der befragten NutzerInnen Personen kauften ihre Fahrscheine lieber beim Automaten, ein Viertel würde sie lieber weiterhin beim Fahrpersonal kaufen. Wobei man dazusagen muss, es stimmt schon, beim Fahrpersonal geht es subjektiv schneller, andererseits steht dann auch das Fahrzeug länger in der Haltestelle, also es hat dadurch natürlich auch eine Beschleunigung der Fahrten stattfinden können. Für das restliche Viertel spielt es übrigens keine Rolle, wo die Fahrscheine erworben werden. Geplant ist überdies, dass an bestimmten sehr stark frequentierten Haltestellen, insbesondere Bahnhof, Jakominiplatz und manchen der Endhaltestellen, auch zusätzliche

Fahrscheinautomaten an den Haltestellen direkt aufgestellt werden. Seit 1. November 2011 sind sie nunmehr im Volleinsatz und wenn man die Verkaufszahlen ansieht, dann gibt es einen Vergleich zwischen Jänner und Juli, zwischen 2010 und 2011, und da sieht man, dass der erzielte Umsatz innerhalb der Straßenbahnen in diesem Zeitraum praktisch ident ist. In einzelnen Monaten liegt er um 10 % über den Umsätzen des Vorjahres, in anderen Monaten um bis zu 10 % darunter, aber im Schnitt hat es sich nicht verändert. Auffallend ist, dass heuer am Beginn der ersten Monate die Umsätze unter den Vorjahreswerten liegen, das sehen wir aber als Zusammenhang mit den Frischlufttickets, weil dadurch einige Fahrgäste jetzt Langzeitkarten besitzen, die vorher noch Einzelfahrscheine gelöst haben. Also im Ganzen kann man auf keine Umsatzeinbußen verweisen. Die Umstellungsphase war in der Tat nicht ganz einfach, aber wir sehen gerade durch die bargeldlose Abwicklung, die inzwischen reibungslos funktioniert, dass sich eine Beschleunigung ergeben hat.

GR. Ing. **Lohr**: Also, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, einmal danke für Ihre Antwort, Sie haben es ja selber angesprochen, das war ein großes Projekt, das wahrscheinlich nicht gerade billig war oder ist, und Sie sagen da, die Umsätze haben sich praktisch nicht verändert. Also das kann ich Ihnen aus eigenen Erfahrungen, und wir sprechen ja auch mit den Straßenbahnfahrern selber, die haben da ganz andere Beobachtungen. Also die sagen da schon deutlich, das es einen Unmut gibt, das weniger Fahrscheine natürlich jetzt verkauft werden, weil eben beim Fahrer war dass eine Angelegenheit von 15 Sekunden und jetzt, wie gesagt, brauchen manche Benutzer der Straßenbahn ja bis zu fünf Minuten, also das kann ich nicht nachvollziehen. Dass Sie das verweigern, ist klar, vielleicht nehmen Sie da noch einmal auch mit dem Personal, das direkt betroffen ist, Kontakt auf. Eine positive Meldung habe ich ja bekommen, es sollen Haltestellen ausgerüstet werden mit

Automaten und daher komme ich gleich zur Frage. Wo und bis wann an welchen Haltestellen haben wir mit zusätzlichen Automaten zu rechnen?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ganz genau bis wann, kann ich nicht sagen, es ist in Planung, es wird, denke ich mir, im Laufe dieses Jahres stattfinden, weil spätestens mit der Nahverkehrsdrehscheibeneröffnung dort die Automaten auf alle Fälle in Betrieb gehen werden und wie gesagt, wir sind noch am Sondieren, welche Haltestellen. Sicher werden es die hauptfrequentierten Haltestellen sein, also Jakominiplatz, Bahnhof und Nahverkehrsdrehscheiben beziehungsweise auch Endhaltestellen sind in Planung. Da sind wir aber noch nicht bei allen soweit, dass wir das auch mit den Aufstellplätzen so gut organisieren konnten, aber genau im Detail kann ich Ihnen gerne nachliefern, was von der Abfolge her und in welcher Menge das geplant ist.

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 13.25 Uhr den Vorsitz.

**2) Die wahrheitswidrige Beantwortung des dringlichen Antrages Nr. 1196/2011:
Umfangreiche Initiativen für das Tierschutzhaus Arche Noah**

GR. **Schröck** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. **Schröck**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In der Gemeinderatssitzung am 14.4. dieses Jahres stellte unsere Fraktion einen dringlichen Antrag betreffend umfangreiche Initiativen für das Tierschutzhaus Arche Noah in Graz. Dieser dringliche Antrag wurde auch mehrheitlich angenommen.

Am 15. Juni 2011 haben Sie dann einen Bericht über die Umsetzung der Forderungen im Antrag an uns übermittelt. Abgesehen davon, dass aber der Bürgermeister dem Gemeinderat die konkrete Umsetzung dieses mehrheitlich angenommenen Antrags bis dato schuldig geblieben ist, wird von Seiten des Bürgermeisters auch folgende Behauptung aufgestellt:

Mag. Dr. Hejny übt seine Funktion in überaus korrekter Art und Weise aus, eine ‚schikanöse Attacke des Grazer Amtstierarztes‘ kann den aufliegenden Unterlagen nicht entnommen werden. Jedenfalls fand – im Gegensatz zur antragsgemäßen Behauptung – am 28.04.2010 keine Kontrolle des gegenständlichen Tierheimes statt. Somit ist der diesbezügliche Vorwurf in gegenständlichem Antrag entschieden zurückzuweisen. Dem steht aber ein Ladungsbescheid gegenüber, den die Heimleiterin Frau Lang erhalten hat, aus dem wir aber schon entnehmen können, dass am 28.4.2010 sehr wohl eine Kontrolle stattgefunden hat und deswegen, Herr Bürgermeister, meine

Frage:

Wie erklärst du dir den eklatanten Unterschied zwischen dieser Beantwortung und einem offiziellen Dokument der eigenen Behörde betreffend die Kontrolle des Tierschutzhauses Arche Noah?

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Herr Gemeinderat! Vielleicht einmal vorweg, weil ja im Betreff schon steht, wahrheitswidrige Beantwortung und es sei eine Behauptung, die ich aufgestellt habe. Vielleicht zur einfacheren Erklärung noch einmal der Vorgangsweise, wenn dringliche Anträge kommen, wie wir das abhandeln. Es steht im Übrigen auch in der Beantwortung drinnen, man hätte es herauslesen können. Die Antwort, die das BZÖ von mir bekommen hat, beginnt wie immer mit den Sätzen:

Hierzu teilt mir das Gesundheitsamt im Einvernehmen mit dem zuständigen Stadtsenatsreferenten Folgendes mit.“ Dann kommt die Stellungnahme des Amtes, abgesprochen mit dem zuständigen Stadtrat oder mit der zuständigen Stadträtin und zum Schluss kommt von mir nach dieser Stellungnahme wieder der Satz: „Ich bitte Sie, die Mitteilung zur Kenntnis zu nehmen.“ Das heißt, es sind weder Behauptungen meinerseits noch wahrheitswidrige Dinge, die ich quasi von mir gegeben hätte, sondern ich versuche nur das, was jetzt alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgrund der vielen Anfragen, Anträgen und dringlichen Anträgen hier zu beantworten haben, zusammenzufassen und weiterzuschicken. Es ist richtig, dass hier ein Fehler vorliegt, nämlich der Fehler liegt vor, und das darf ich dir dann noch einmal auch zeigen, es ist ein bisschen viel Papier, deswegen muss ich es noch suchen, der Fehler liegt ganz konkret am Bescheid der Bau- und Anlagenbehörde vor, hier wurde nämlich eine Kontrolle am 28. 4. 2010 angeführt. Diese Kontrolle hat nicht am 28.4.2010 stattgefunden, sondern im Dezember 2009. Im Übrigen wäre es ja ein Widerspruch gewesen, hätte man im April gefrorenes Wasser oder sonst wo vorgefunden. Das heißt, dieses eine Datum war im Bescheid falsch. Es ist aber durchaus nach wie vor richtig, dass der Herr Dr. Hejny an diesem Tag, am 28. April eben keine solche Überprüfung vorgenommen hat. Vielleicht auch da zur Vorgangsweise, die Stellungnahme des Gesundheitsamtes wurde am 10.5.2005 eben von Mag. Müller und dem Gesundheitsamt im Wege des Präsidialamtes – Schriftleitung/Amtsblatt mir übermittelt. Wichtig zu sagen ist, im Dezember 2009 sind diese Beanstandungen vom Veterinäramt festgestellt worden, das Verfahren aber selbst macht die Bau- und Anlagenbehörde. Es ist aus meiner Meinung nach überhaupt nicht schikanös, ich werde der Sache noch nachgehen, dass wir über ein Jahr gebraucht haben, bis dieser Bescheid und diese Beanstandungen dann letzten Endes gekommen sind. Wie gesagt, wenn man sich das anschaut, sieht man, also die Überprüfung war 2009, leider waren da Dinge nicht in Ordnung, ich hoffe, dass das mittlerweile auch alles in Ordnung gebracht wurde. Das Verfahren hat aber, wie gesagt, relativ lange gedauert, ich weiß aber auch, dass gerade Kontrollen und Strafen, wir arbeiten ja auch daran in Richtung verstärktes Kontroll- und Strafamts

wieder mit mehr Mannschaft ausgestattet werden muss. Aber vielleicht ist damit auch alles aufgeklärt, also Überprüfung Dezember und nicht, so wie in diesem Schreiben, Bescheid von der Bau- und Anlagenbehörde (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.30 Uhr den Vorsitz.

3) Angefallene Mehrkosten, die aus den Nachbesserungen der Vario-Straßenbahnen erwachsen werden

GR. Mag. **Mariacher** stellt an Bgm.-Stv. **Rücker** folgende Frage:

GR. Mag. **Mariacher**: **Sehr** geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Vario-Straßenbahnen verfolgt uns ja schon monatelang. Seit vielen Monaten ist man damit beschäftigt seitens der Holding Graz mit der Herstellerfirma der Variostraßenbahn hier entsprechende Verbesserungen vorzunehmen, denn es hat sich in der Vergangenheit in dem Sinne Ungeheuerliches getan, dass gemeldete Anrainerbeschwerden, die bis dahin gegangen sind, dass Inventar in Gebäuden und auch Mauern leicht zu wackeln begonnen haben, Lärmbelästigungen bagatellisiert sind und letztendlich aber aufgrund der zahlreichen Beschwerden doch entsprechendes Maßnahmenpaket eingeleitet und erarbeitet worden ist, und es geht hier in diesem Sinne um die zu erwartenden Ergebnisse, sprich einerseits Richtung Kosten, andererseits aber auch in Richtung der Rechte, Schutzrechte, Verwertungsrechte, die mit einer wesentlichen Verbesserung der Vario-Straßenbahn verbunden sein können und diese Rechte gilt es ja im Sinne der Stadt Graz und der zuständigen Mitarbeiter auch entsprechend zu sichern. Laut Medienberichten ist auch zu entnehmen hinsichtlich der Kosten, dass es zu einer Art

von Kostenteilung zwischen der Herstellerfirma und der Stadt Graz beziehungsweise der Holding Graz GmbH als Hundertprozenttochter der Stadt Graz kommen soll, auch da ist zu hinterfragen, in welcher Art und Weise hier diese Kostenteilung vorgenommen wird.

Ich möchte daher an die zuständige Vizebürgermeisterin, Frau Rücker, folgende

F r a g e

richten: Welche direkten und indirekten Kosten – das heißt aller angefallenen Mühen und Aufwände und Kosten - werden die Holding Graz GmbH beziehungsweise die Stadt Graz abseits des Kaufpreises von rund 100 Millionen Euro aufgrund der mit der Herstellerfirma nunmehr vereinbarten beziehungsweise vorgenommenen Nachbesserung an den Variobahn-Garnituren zu tragen haben, und wie gliedern sich diese Beträge (*Der Bürgermeister läutet mit der Ordnungsglocke*) anteilig in direkte und indirekte Kosten beziehungsweise in Kosten, die die Stadt Graz beziehungsweise die Holding Graz GmbH zu tragen hat und welche Rechte und Pflichten erwachsen daraus der Stadt Graz, beziehungsweise welche Verwertungsrechte beziehungsweise gewerblichen Schutzrechte an den offenkundig kooperativ zustande gekommenen und substantiell umfassenden Lösungsfindungen stehen der Holding Graz GmbH beziehungsweise der Stadt Graz daran zu? Bitte um Beantwortung.

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Herr Gemeinderat! Hier bin ich mit vielen Fragen konfrontiert, obwohl es Fragestunde heißt und eigentlich immer eine Frage an das Stadtsenatsmitglied zu stellen ist. Ich werde jetzt Ihnen eine kurze Antwort geben und kann Sie aber herzlich einladen, dass wir bei mir im Büro gerne einmal einen Termin machen mit einem Vertreter der Holding und einer Vertreterin der Holding Graz-Linien, um die ganzen vielen Fragen dann im Detail zu besprechen. Sie stellen die Hauptfrage, wenn ich es so interpretieren darf, in Bezug auf die Mehrkosten, die

über die schon Kaufpreiskosten hinaus entstanden sind. Ich kann Ihnen berichten, dass die Mehrkosten in dem Sinne, dass es eben keine Mehrkosten in dem Sinn gibt, es wird kostenneutral abgewickelt, die einen Kosten, die jetzt durch diese Installationen und Neuadaptierungen stattfinden, muss die Firma Stadler tragen, und auf der anderen Seite entstehen für die Stadt vorgezogene Infrastrukturmaßnahmen, also Infrastrukturmaßnahmen im Bereich der Geleise, die wir heuer vorgezogen haben, die aber sowieso angestanden hätten. Und was die Holding-Linien noch machen ist, dass sie die Werkstätten zur Verfügung stellen, das ist das, was unter dem Strich herauskommt, das heißt, für die Stadt Graz ist in dem Sinn eine kostenneutrale Vorgangsweise gewählt worden und in dem Sinn gibt es auch keine Nachzahlungen an die Holding in diesem Zusammenhang.

GR. Mag. **Mariacher**: Danke einmal für die Beantwortung, Sie haben es aber selber gesagt, allein Finanzierungskosten werden auch Kosten und auch die Benützung natürlich von Infrastruktureinrichtungen, wie entsprechende Remisen und Einrichtungen, sind natürlich mit Kosten verbunden. Ich möchte als Zusatzfrage Sie konkret, nachdem dieser Kauf der Vario-Bahnen, ich sage es einmal für mich, zu einem Beinahescheitern geführt hat, welche Konsequenzen ziehen Sie aus diesem Beschaffungsvorgang?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Sie sollten möglichst viel mit der Straßenbahn fahren, damit wir das wieder hereinbringen. Noch einmal ganz kurz, was wurde adaptiert, es gibt eine technische Lösung, ich habe auch noch einmal mit dem Spezialisten, der eingebunden wurde, mich dazu ausführlich unterhalten. Die Maßnahmen, die getroffen werden, sind eben weitere Sekundärfedern im Lauffahrwerk, weichere Primärfeder im Lauffahrwerk, einsatzneue Räder mit weicherer Charakteristik, ein Austausch der

Metallelemente, damit eben die Geräuschsenkung stattfindet und ein neues Tilger System, das heißt, die ersten drei Maßnahmen dienen der Reduktion der Vibrationen und die zweiten Maßnahmen sind, um die Lärmentwicklung etwas zu reduzieren. Ab Anfang nächsten Jahres werden wir, hoffentlich, wahrnehmen, dass wirklich eine Verbesserung ergeben hat. Die Umrüstung ist für alle 45 bestellten Stück so beauftragt und noch einmal, die Mehrkosten, die durch diese Umrüstungen und diese Nachbauten entstehen übernimmt die Firma Stadler, für die Stadt Graz kommen eben in dem Zusammenhang die Zurverfügungstellung der Werkstätten ins Spiel und natürlich sind Infrastrukturmaßnahmen getroffen worden, die aber sowieso im Plan im Mittelfristplan der Holding auch so vorgesehen waren und einfach vorgezogen wurden.

**4) Wohnstraßenprojekt Thaddäus-Stammel-Straße/Josef-Poestion-Gasse/
Eppensteinerweg**

GRin. **Gesek** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage:

GRin. **Gesek**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine Frage bezüglich Wohnstraße Thaddäus-Stammel-Straße und zwei weitere haben Sie gestern in der „Woche“ und durch ein Rundschreiben im Großen und Ganzen beantwortet.

Ich stelle daher heute an Sie nur mehr meine Zusatzfrage:

1. Für die Aufstellung eines der Spielgeräte ist eine TÜF-Zertifizierung erforderlich, liegt diese bereits vor?
2. Wer trägt die Kosten, falls diese Skulpturen im nächsten Jahr wieder abgetragen werden müssen?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Also die erste Frage, wie gesagt, hast du selbst schon gesagt, ist beantwortet. Diese Woche wurden die Bewohner/Bewohnerinnen über die weitere Vorgangsweise informiert. Die zweite Frage, musst du mir jetzt noch einmal ganz kurz helfen, das war die Frage mit der Zertifizierung. Es sind alle Elemente, die aufgestellt werden, sind Möblierungen im öffentlichen Raum und nicht TÜF zu zertifizieren, wir haben das rechtlich sehr genau prüfen lassen. Es sind keine Spielgeräte. Sie sind gleich zu bewerten wie ein Parkbankerl. Die Kosten, die entstehen, die Kosten sind jetzt abgedeckt dadurch, dass wir im Projekt die Finanzierung vorgenommen haben, sollten sie wieder entfernt werden, sind das Kosten, die damit entstanden sind und wir werden hoffentlich dann andere Einsatzorte finden.

5) Raumnot HS Fröbel

GRin. **Meißlitzer** stellt an StRin. Mag^a (FH) **Grabner** folgende Frage:

GRin. **Meißlitzer**: Sehr geehrte Frau Stadträtin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist eine unendliche Geschichte, die Schule am Fröbelpark und das Theater, das in dieser Schule untergebracht ist, ich denke mir, es ist höchste Zeit, dass dort endlich einmal für die Qualität des Unterrichtes auch die nötigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Die Schule hat inzwischen 176 Kinder in der Neuen Mittelschule, das sind 27 mehr als im vergangenen Jahr und es besteht immer noch Nachfrage. Sie könnten noch Schüler aufnehmen und es wäre also genau das, was die Schule braucht. Außerdem könnte die Volksschule Hirten auch eine zusätzliche Klasse brauchen und es gibt auch Anfragen von der Urania, die Räumlichkeiten benutzen könnte. Also dort jetzt einmal Nägel mit Köpfen zu machen, wäre sinnvoll.

Meine

F r a g e

daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion an Sie: Welche Maßnahmen haben Sie als die für das Schulressort zuständige Referentin gesetzt, damit die von Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl bereits im April des Vorjahres versprochenen Gespräche mit der Direktion und den Lehrerinnen und Lehrern der Neuen Mittelschule Fröbel sowie mit dem Grazer Volkstheater betreffend Mitnutzung der von der Schule dringend benötigten Räumlichkeiten endlich aufgenommen werden, auf die seitens der Schulverantwortlichen nach wie vor vergebens gewartet wird (*Applaus SPÖ und KPÖ*)?

StRin. Mag^a **Grabner**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Eine unendliche Geschichte, Sie haben vollkommen Recht, ein unglaublich komplexes Gerichtsverfahren steht dahinter, das schon viele, viele Jahre, ich kann Ihnen nur versichern, die Rechtsexperten und auch die Präsidialarbeiter und -arbeiterinnen sind mit dieser unendlichen Geschichte vertraut und ich hoffe, wir finden bald den Abschluss, denn ja, wir brauchen den Raum, wir brauchen den Raum für unsere Kinder und auch die Schulleitung braucht ihn.

GRin. **Meißlitzer**: Ich möchte nur feststellen, Herr Bürgermeister, dass Sie mir voriges Jahr im April einen Termin genannt haben, wo es einen runden Tisch gibt, ich habe bis heute nichts davon gehört und an Sie, Frau Stadträtin, hätte ich eine Zusatzfrage. Das Volkstheater macht Veranstaltungen, die Räumlichkeiten der Schule riechen nach diesen Veranstaltungen nach Rauch, das ist einfach unzumutbar für Schülerinnen und Schüler und auch für den Lehrkörper. Welche Maßnahmen werden Sie setzen, dass wenigstens diese Belästigungen ein Ende finden (*Applaus SPÖ und KPÖ*)?

StRin. Mag^a **Grabner**: Vielen Dank, Frau Gemeinderätin, für diesen Hinweis, ich werde sofort veranlassen, dass ein Rauchverbot, was in allen öffentlichen Gebäuden ja sowieso sein muss, ausgesprochen wird, auch für das Theater. Betreffend die Gespräche, es sind Rechtsexperten und auch der Magistrat, die Präsidentialabteilung damit vertraut und diese Gespräche werden geführt. Es ist eine sehr, auf der einen Seite, eine komplexe Geschichte, aber auch ein sehr spannendes, sage ich einmal, Gegenüber das Theater (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Weil Sie mich direkt darauf angesprochen haben. Sie wissen, wie viele Jahre wir mit Herrn Töffle und mit der Frau Berger mit der Situation des Buffets, mit dem Wunsch der Schule, dass man das endlich kriegen und dem Wunsch das Volkstheater auch wieder spielen zu lassen, die das aber gar nicht dürfen aufgrund der Brandsicherheitsbestimmungen, der Baulichkeiten einem Ende zuzuführen, es war ein Prozess, es wurden weiß Gott wie viele schon vorgeladen. Ich habe dann unterbrochen und gehofft, dass wir eine Lösung finden, bis zum heutigen Tag habe wird das nicht gefunden. Schaut so aus, als ob der Prozess weitergeführt werden müsste. Wenn wir ein Ergebnis haben, ich bin mir nicht so sicher, ob das so erfreulich für die Schule ausgeht, aber vielleicht gelingt noch einmal was. Wir brauchen gar nicht drüber reden, das ist aus alten Zeiten, wo diese Raumnot gar nicht da war. Wir wissen das jetzt schon mit der Mittagspause, wenn wir das noch ausweiten wollen in Richtung Nachmittagsbetreuung etc., wäre es dringend notwendig, wovon ich nichts halte, dass wir das Dach dort noch ausbauen, weil das wäre noch eine Möglichkeit, aber Sie wissen, Kinder im Dachboden im Sommer, das ist nicht das, was wir unter ordnungsgemäßer Unterbringung für Jugendliche eigentlich so sehen (*Applaus ÖVP*). Ich hoffe, das wird uns gelingen.

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 13.45 Uhr den Vorsitz.

6) Budget für Baumpflanzungen

GRin. Mag^a **Pavlovec-Meixner** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GRin. Mag^a **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! In meiner Frage geht es um das Budget für Baumpflanzungen. Am 4. Oktober hat eine Sitzung des Naturschutzbeirates stattgefunden, in der die Bäume der Stadt ein zentrales Thema waren. Es hat sich dabei gezeigt, dass unsere Bäume unter schwierigen Bedingungen zu leiden haben, Umwelteinflüsse bis hin zum Klimawandel und auch mechanische Beschädigungen bedeuten starke Belastungen für die Grazer Stadtbäume.

Dies bedeutet natürlich auch, dass die Stadt erhöhten Handlungsbedarf hat. Gleichzeitig kommen immer wieder Anfragen von Grazerinnen und Grazern, die gerne bei Straßensanierungen Neupflanzungen hätten, also mehr Alleen für Graz. Damit Graz als Gartenstadt mit den vielen grünen Lungen erhalten bleibt und auch den berechtigten Forderungen seitens der Grazerinnen und Grazern nach mehr Bäumen – speziell in den dicht besiedelten Bezirken - Rechnung getragen werden kann, werden in den kommenden Jahren zahlreiche Neupflanzungen notwendig sein.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Frage:

Wie hoch sind die jährlichen Budgets der Abteilung für Grünraum und Gewässer sowie der Stadtbaudirektion für Baumpflanzungen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, in Summe werden wir im kommenden Jahr einen Betrag von zirka 180.000 bis 200.000 Euro allein für Baumneupflanzungen und Baumstandortsanierungen zur Verfügung stellen.

GRin. Mag^a **Pavlovec-Meixner**: Wir haben auch gehört, dass es sehr wichtig ist, gerade für die Jungbäume, dass sie unter optimalen Bedingungen besonders gut wachsen können, ich sage nur ein Stichwort: Baumscheiben. Daher lautet meine Zusatzfrage, ob Sie sich Erhöhungen dieses Budgets vorstellen können in den kommenden Jahren.

Bgm. Mag. **Nagl**: Also was die Bäume im innersten Kern der Stadt anbelangt, die wirklich extremen Belastungen ausgesetzt sind, wir wissen ja auch aus den Diskussionen im Naturschutzbeirat, dass die Lebensdauer eines Baumes zum Beispiel im Stadtpark künftig in etwa 30 bis 50 Jahre sein wird und nicht mehr diese 80 bis 120 Jahre, die wir bisher kennen, haben wir jetzt versucht, für Standorte wie jetzt gerade am Opern- und Joanneumring, wo wir ausgetauscht haben auch mit Baumscheiben, aber auch Unterkonstruktionen vorzusorgen. Das, was wir da gemacht haben, habe ich überhaupt noch nie in meinem Leben gesehen, die Kosten für einen Baum, der da unterirdisch fast einen Bunker bekommt, eigenes System, betragen rund 10.000 Euro, das heißt, es ist davon auszugehen, dass im Stadtgebiet immer wieder jetzt besondere Plätze da sein werden, das werden wir versuchen auch im Rahmen der Gesamt-AOG, die wir auch beim Herrn Kollegen Wiener als Abteilungsvorstand haben, bestmöglich zu berücksichtigen, ich nehme an, das wird von Haus aus steigen (*Applaus ÖVP*).

7) Durchwegung von Heimgärten – STEK

GRin. **Schloffer** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GRin. **Schloffer**: Schönen Nachmittag allen Anwesenden hier im Saal. Ein Blick von oben ist immer toll. Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Bei meinen neun Heimgartenbesuchen, die ich heuer im Sommer besucht habe, kam immer wieder dasselbe Problem zur Sprache. Die HeimgartenbetreiberInnen sind sicherlich nicht Wähler der KPÖ und auch nicht in Zukunft. Das sind hauptsächlich rote und schwarze Wähler. Das höre ich ja in der Diskussion immer wieder heraus. Meine Leute tun nichts, meine Leute helfen nicht, kenne ich schon. Mir geht es allein um die Sache, von der ich überzeugt bin, dass die öffentliche Durchwegung so wie es im neuen STEK als Vorschlag da ist, keine gute Sache ist. Ich frage mich überhaupt, welche Person, wer auf so eine Schnapsidee überhaupt kommen kann. Aber denken ist frei. Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die Diskussion um das Stadtentwicklungskonzept STEK 4.0 führt bei vielen Grazer HeimgartennutzerInnen zu einer Verunsicherung. Konkret geht es um die angedachte öffentliche Durchwegung der Heimgärten.

Zwischenruf unverständlich.

GRin. **Schloffer**: Ist schon ausgestrichen? Davon weiß ich noch nichts. Eine derartige Durchwegung wird von den Heimgartenvereinen durchgehend abgelehnt.

Sie fürchten um ihre Zufluchtsoasen, die sie sich in mühevoller Kleinarbeit über die Jahre aufgebaut haben. Grundabtretungen sind dabei ebenso ein Thema wie zu erwartende Lärmbelästigungen.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs in Ihrer Funktion als Planungsreferent folgende

Frage:

Sind Sie dafür, dass im endgültigen Entwurf des neuen Stadtentwicklungskonzeptes eine öffentliche Durchwegung bestehender Heimgartenanlagen ermöglicht wird. Danke? (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzte Frau Gemeinderätin! Eine ganz leichte Antwort. Diejenigen, die sich das ausgedacht haben, sind viele Menschen bei uns in der Stadt, die unter anderem auch in unserem Naturschutzbeirat immer wieder darüber klagen, dass wir in der Stadt schon so viele Absperrungen haben, dass das Durchwegen eines Stadtgebietes schon kaum mehr möglich ist. Unsere Universität hat sogar einmal im Auftrag des Naturschutzbeirates ein Projekt gestartet, wo man gesagt hat, wir stehen jetzt irgendwo in der Stadt und wir versuchen jetzt zu einem Punkt zu kommen, den man sieht und jetzt schauen wir einmal, wie viele Minuten das braucht, wenn du immer wieder auf Barrieren triffst und nicht mehr durchkommst. Deswegen wurde dieses Thema der Durchwegung generell im Stadtentwicklungskonzept erörtert. Ich kann Ihnen aber gleich die Sorge nehmen und damit auch allen ÖVP- und SPÖ-Wählern in den Heimgärten, dass im künftigen Stadtentwicklungskonzept eine ganz andere Formulierung stehen wird als die Erstformulierung, die unglücklich war. Wir werden es versuchen, künftig wie in der Schörgelgasse zu leben. Sollte es zu einem Neubau oder einer Neugestaltung kommen, wird natürlich abgetrennt von den Heimgartenanlagen ein Weg durchgehen. In der Schörgelgasse ist das ganz gut gelungen, da gibt es dann zwei Seiten. Ich verstehe natürlich auch die Sorge aller Heimgartenbesitzer, dass die Tomaten, die Blumen und alles, was sie dort anpflanzen, auf einmal mit Müll und Unrat und ungebetenen Gästen überrannt

werden. Das heißt, es soll so nicht sein und deswegen werden wir in allen bestehenden Heimgartenanlagen nicht eingreifen, sollte man aber einmal was umbauen, sollte man was Neues bauen, dann sollte man an die Durchwegung denken (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Schloffer**: Ich bin freudig überrascht, dass das wirklich jetzt vom Tisch ist. Das heißt, ich habe das jetzt so verstanden, in den bestehenden wir nicht eingegriffen. Das war die Sorge der Heimgärtner. Dankeschön.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.55 Uhr den Vorsitz.

8) Kulturserver der Stadt Graz

GR. **Hötzl** stellt an StR. Mag. **Müller** folgende Frage:

GR. **Hötzl**: Sehr geehrter Herr Stadtrat Müller! Das Kulturamt der Stadt Graz betreibt unter der Adresse www.kultur.graz.at ein Internetportal. Das Kulturamt definiert seine Aufgabe auf der Homepage der Stadt Graz wie folgt:

Das Kulturamt der Stadt Graz hat in erster Linie die Aufgabe, das Kulturgesehen in der steirischen Landeshauptstadt durch gezielte Förderungen zu unterstützen. Es tritt deshalb auch kaum als Eigenveranstalter in Aktion. Darüber hinaus werden kulturelle Kontakte in Städte und Gemeinden im gesamten mitteleuropäischen Raum hergestellt und vermittelt. Verstärkte Bedeutung kommt der Wissenschaftsförderung

insbesondere mit der Beteiligung der Stadt an Kompetenzzentren der akademischen Bildungsstätten in Graz zu. Die im Rahmen des Kulturamtes tätigen Stadtbibliotheken sowie die Mediathek sehen in Eigenveranstaltungen ein unverzichtbares Serviceangebot.

Nun finden sich auf dieser Homepage allerdings auch Beiträge, die eher an parteipolitische Werbung erinnern oder zumindest eine klare politische Linie erkennen lassen. Beispiele wären:

- Wie viel Marx brauchen die Grünen? Wege aus dem Kapitalismus oder grüne Marktwirtschaft?
- Gegen Integration und Ausgrenzung: Den kapitalistischen Normalzustand begreifen
- 75 Jahre Spanischer Bürgerkrieg - 75 Jahre Internationale Brigaden: Österreichische Frauen auf Seiten der Spanischen Republik usw.

Außerdem wurde auf linke Proteste gegen Sarrazin verwiesen. Die Fragestellungen, ob und inwieweit diese Veranstaltungen mit dem Aufgabenbereich des Kulturamtes konvenieren, verdienen durchaus eine eingehende Betrachtung.

Daher richte ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, nachstehende

Frage:

Vertreten Sie die Ansicht, dass Veranstaltungsankündigungen, die eine eindeutige parteipolitische Tendenz erkennen lassen, auf der Homepage des Kulturamtes der Stadt Graz veröffentlicht werden sollten (*Applaus FPÖ*)?

StR. Mag. **Müller**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Es ist so, dass der Kulturserver der Stadt Graz einen Veranstaltungskalender darstellt, der österreichweit einer der umfassendsten dieser Art ist. Es gibt im Jahr über 950.000 Zugriffe und allein daran sieht man schon, wie breit das aufgestellt ist. Und es ist so, dass dieser Server natürlich auch mit verschiedenen Institutionen verlinkt genutzt wird. Es ist nicht möglich, dem Kulturamt nicht möglich, allein aufgrund der personellen Ressourcen, dass das Redaktionsteam des Kulturamtes die Information über alle Veranstaltungen selbst einholt. Es ist so, dass vielmehr Termine und Inhalte an das Kulturamt herangetragen werden. Und vielleicht auch noch, es gibt auf diesem selben Server auch Richtlinien für die Aufnahme sowohl in Kalender als auch Aufnahme in die KünstlerInnen-von-A-Z-Rubrik als auch für die Aufnahme in Einrichtungen von A-Z. Und ich glaube, dass man dort auch vorausschicken muss, dass natürlich Veranstaltungen, die gegen die guten Sitten verstoßen, von vorneherein nicht aufgenommen werden. Es ergibt sich auch aus diesen Richtlinien. Sie haben konkrete Beispiele angeführt und da handelt es sich um Beispiel, die in der Rubrik Vorträge sind und da ist es so, das ist auch eindeutig festgehalten, dass das Kulturamt für den Inhalt der angekündigten Veranstaltung eben nicht verantwortlich ist, das ist auch nachweislich auf diesem Server vermerkt. Vielleicht ein Wort zur konkret von Ihnen angeführten Veranstaltung. Linke Proteste gegen Thilo Sarrazin, das war ursprünglich als Lesung wirklich als Kulturevent geplant und angekündigt. Es hat sich dann herausgestellt, dass das eine dezidiert politische Protestausrichtung war, es hat ja mediale Berichterstattung gegeben und es ist deswegen auch aufgrund dieser Veranstaltungsrichtlinien bereits am 27. September aus dem Kulturserver auch wieder herausgenommen worden. Vielleicht im Abschluss noch eine kleine Werbeeinschaltung für den Kulturserver: Nicht zuletzt aufgrund dieser großen Zugriffszahlen zeigt sich, dass er große Beachtung findet und es ist wirklich spannend, welches Angebot man hier hat, welche Veranstaltungen es in Graz gibt und es ist ein Beweis auch für die Kooperation verschiedener Ressorts. In diesem Sinne bitte beantworte ich gerne Ihre Frage.

GR. **Hötzl**: Ich entnehme Ihrer Antwort, dass das alles seine Ordnung hat und dass das im Großen und Ganzen ein Veranstaltungskalender ist, für dessen Inhalt das Kulturamt nicht verantwortlich zeichnet. Ich rede von parteipolitischer Ausrichtung, Sie reden von Verstoß gegen gute Sitten usw. Aber dann verstehe ich das wohl richtig auch als Einladung für das FPÖ-Bildungsinstitut beispielsweise, dass auch wir, die FPÖ Graz, unsere Veranstaltungen dort ankündigen dürfen, weil auch das KPÖ-Bildungsinstitut hat Veranstaltungen angekündigt. Hätten wir ein bisschen eine breitere Plattform als die FPÖ-Graz Homepage beispielsweise, darf ich das richtig verstehen als Einladung dazu?

StR. Mag. **Müller**: Der Kulturserver lädt ein, die Adresse heißt: redaktion@. Sie finden es dann, wie es weitergeht, weil da ist immer Punkt Graz dabei, jedenfalls mit Redaktion @ bitte ich Sie die Veranstaltungen, wo Sie glauben, dass Sie dort hineinpassen, an die Redaktion zu schicken (*Applaus SPÖ*).

9) Gesundheitsbericht der Stadt Graz

GR. Mag^a **Ennemoser** stellt an StR. Mag. **Müller** folgende Frage:

GR. Mag^a **Ennemoser**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Die Basis einer zielgerichteten und bedarfsorientierten gesundheitspolitischen Arbeit, die Arbeit liegt in der statistischen Erhebung, Zusammenführung und Auswerten von Daten und Fakten. Regelmäßige Gesundheitsberichte und themenspezifische Analysen, die wesentliche Faktoren für die gesundheitliche Situation der Menschen in der Stadt Graz beleuchten, sind notwendig für eine Stadt dieser Größe. Ich habe vor zwei Jahren bereits zwei Anträge gemacht, wonach eben das Gesundheitsamt im Sinne einer zukunftsorientierten

Grazer Gesundheitspolitik einen Gesundheitsbericht erstellen sollte. Ihr Vorgänger Karl-Heinz Herper hat diesen Antrag gleich aufgenommen und hat in den Medien angekündigt, dass er diesen natürlich erstellen will. Ich weiß auch, dass bereits Daten erhoben worden sind von anderen Ämtern (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) eingeholt worden sind und jetzt denke ich, eigentlich ist der Gesundheitsbericht schon relativ lange schwanger und müsste irgendwann einmal kommen. Das Land Steiermark zum Beispiel hat jährlich einen Gesundheitsbericht. Daher stelle ich eben an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat Müller, die

Frage:

Wann dürfen die Grazerinnen und Grazer auf den von Ihren Vorgängern und Ihnen angekündigten Gesundheitsbericht hoffen (*Applaus ÖVP*)?

StR. Mag. **Müller**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Ich freue mich wirklich sehr über Ihr Interesse am Gesundheitsbericht und kann dazu sagen, also nicht nur die Grazerinnen und Grazer dürfen sich darauf freuen, vor allem auch Sie werden dieses Exemplar bald in Händen halten. Natürlich wird diese Unterlage dann auch im Gemeinderat entsprechend präsentiert. Ich kann ein Ergebnis vorwegnehmen und zwar wurde festgestellt, dass Gesundheit eine Querschnittsmaterie ist. Gesundheitsförderndes Mitwirken braucht einfach eine Beteiligung von verschiedenen Ressorts, Politikerinnen und Politikern, und wir haben nicht zuletzt bei der kürzlich hier stattgefundenen Drogenenquete gesehen, dass das eine Vorgangsweise ist, wie man sich diesen komplexen Problemlagen nähert, um wirklich zu Lösungen zu kommen. Und es geht hier auch bei diesem Gesundheitsbericht vor allem darum, dass wir eine Verantwortung gegenüber besonders benachteiligten Gruppen in der Gesellschaft wahrnehmen, wie zum Beispiel arbeitsmarktfremde Personen, sozial benachteiligte ältere MitbürgerInnen, und wir wollen hier dazu

kommen auch, wo gibt es kommunale Handlungsmöglichkeiten und das wird auch im gegenständlichen Bericht dann auch erarbeitet und eben entsprechend auch mit den zuständigen mitzuständigen Ressorts in die Umsetzung kommen (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag^a **Ennemoser**: Also das klingt jetzt wieder nicht nach irgendwie, dass es in nächster Zukunft bald kommen soll. Das darf ja nicht wahr sein, dass durch den ständigen Stadtsenatsreferentenwechsel eigentlich die Grazerinnen und Grazer zum Handkuss kommen. Ich weiß, dass zum Beispiel das Jugendamt bereits, die Daten sind ja dann schon wieder alt, bis der wieder kommt, die sind ja schon lange geliefert worden von anderen Ämtern. Ich frage Sie bitte genau noch, wann und kommt dann regelmäßig ein Gesundheitsbericht?

StR. Mag. **Müller**: Liebe Frau Gemeinderätin! Freuen Sie sich auf die nächste Gemeinderatssitzung. Ob das jährlich...

Zwischenrufe unverständlich.

StR. Mag. **Müller**: Ja selbstverständlich. Es wird für die nächste Gemeinderatssitzung vorgesehen sein. Es ist natürlich wünschenswert, auch so einen Gesundheitsbericht jährlich zu machen, es ist, wie Sie wissen, immer auch eine Frage der vorhandenen Budgets. Aber ich bin bei Ihnen, es ist sicher wünschenswert (*Applaus SPÖ*).

10) ÖV-Tarife

GRin. Mag^a **Bauer** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage:

GRin. Mag^a **Bauer**: Meine Frage geht an die Frau Vizebürgermeister. Wir haben ja hier in Graz schon oftmals in diesem Rahmen über die Tarifgestaltung diskutiert. Ich habe auch in nahezu zweijährlichen Taktanfragen an die zuständigen Stadtsenatsreferenten gerichtet, wie es denn aussieht mit der Tarifgestaltung. Begonnen habe ich im Jahr 2005 und hier wurde gesagt, ja, in diese Richtung verhandle man, dass die Jahreskarten billiger werden beziehungsweise die Halbjahreskarten. Gegeben hat es diverse Aktionen rund um das Job-Ticket beziehungsweise Feinstaub-Ticket, aber Faktum ist auch, dass die Jahres- und Halbjahreskarten jährlich teurer werden. Jetzt ist es auf der politischen Ebene, insbesondere aus Wien, gekommen, dass es möglich ist, die Dauerkarten gut zu senken. Frau Vizebürgermeister, irgendwie ist mir vorgekommen, jetzt bist du aufgeschreckt und hast gesagt, ja, jetzt will ich auch was machen, zwei Tage später wieder zurückgerudert. Ich möchte jetzt gerne von dir wissen, wie schaut es tatsächlich aus rund um die Senkung beziehungsweise Aktivitäten der Dauerkarten im Gegensatz zu der wahrgenommenen durchgeführten jährlichen Erhöhung (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Liebe Gemeinderätin! Du und ich, wir sitzen da und haben eine Diskussion, die sich immer trefflich führen lässt.

Zwischenruf GRin. Mag^a Bauer: Ein wichtiges Thema.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich denke, ich kenne diese Diskussion natürlich auch noch aus der Zeit, als ich in der Opposition war und weiß, dass sie ein wunderbares Minenfeld bietet, je nachdem auf welcher Seite man sitzt. Ich versuche jetzt noch einmal kurz auszuholen, wie die Situation zustande gekommen ist, die wir in der Steiermark vorfinden und dann möchte ich noch auf die konkreten Fragen eingehen. Im Jahre 2004, am 1.1., wurden das Erlösrisiko in einer Vertragsvereinbarung zwischen Land- und Verkehrsverbund an die Verkehrsbetriebe überwält. Das war damals eine Weiterentwicklung des Verbundtarifes. Das hat auch zum Beispiel dazu geführt, dass wir heute, hätten wir diese Verbundlösung nicht, in Graz für eine Jahreskarte 585 Euro zahlen würden müssen und nicht einmal die S-Bahn...

Zwischenruf GRin. Mag^a Bauer unverständlich.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Darf ich dir nur kurz einmal sagen, diese Verbundlösung, dass man eben das Risiko an die Verkehrsbetriebe überwält hat (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) und gleichzeitig vereinbart hat, dass jährlich eine Preiserhöhung vorgenommen werden kann, hat eben zur Folge, dass wir in Graz trotzdem andere Tarife anbieten können als sie wären, wenn wir da nicht dabei wären. Das möchte ich nur einmal vorausschicken. Natürlich verstehe ich, dass jetzt, wo in Wien es gelungen ist innerhalb der Tarifstruktur umzustrukturieren und damit die Langzeitkarten zu verbilligen, deutlich zu verbilligen, worüber ich mich natürlich für die grünen KollegInnen in Wien freue, würde aber für Graz so einfach nicht umzulegen sein, das habe ich auch versucht, ganz klarzumachen. Es ist so, dass in Wien die Verkehrsfinanzierung vollkommen anders aufgestellt ist, auch kein Geheimnis, da kennst du dich auch genauso gut aus. In Wien wird der öffentliche Verkehr vom Bund mitfinanziert und es gibt dort auch eine Nahverkehrsabgabe.

Trotzdem, noch einmal auf deine Fragestellung. Es gibt auch, je nachdem, wo man nämlich hingreift, wenn man sagt, man steigt bei den Langzeitkarten auf die Bremse und sagt, die dürfen nicht erhöht werden, das große Geschrei, wieder aus der gleichen politischen Ecke natürlich, also je nachdem, wer halt gerade gegenübersteht, wenn dann die Einzelfahrscheine erhöht werden, das heißt, jedes Mal, wenn man innerhalb der bestehenden Tarifmöglichkeiten, die wir hätten, hingreift, gibt es eine Gruppe, die aufschreit, aber ich bin bei dir, dass auch mir es näherliegt, die Langzeitfahrkarten auf Dauer nicht so stark steigen zu lassen wie die Einzelfahrten. Das heißt, deswegen haben wir jetzt noch einmal, und das war das auch, was medial berichtet wurde. Wir sind damit auch an den Herrn Landesrat Kurzmann herangetreten und haben uns darauf vereinbart, dass wir Anfang des kommenden Jahres, bevor die ersten Beratungen in den jeweiligen Gremien des Verkehrsverbundes stattfinden, ein Konzept vorgelegt bekommen wollen von den Verkehrsbetrieben, wie eine moderate Preiserhöhung, die stattfinden wird, weil sie dazu eben auch den Auftrag haben aufgrund dieser Vertragssituation, so aussieht, dass wirklich diesmal nicht auf Kosten der LangzeitkartenbesitzerInnen diese Preiserhöhung ausfällt. Das heißt, wir wollen ein Konzept, wenn das nicht so auf dem Tisch liegt und wieder die volle Länge ausgeschöpft wird mit den 1,75-mal Indexsteigerung, dann wird es keine Zustimmung diesmal geben von Land und Stadt, das ist, was angekündigt wurde. Dazu kommt, dass einige Maßnahmen trotzdem gesetzt wurden im Rahmen, der uns möglich ist, nicht nur Frischluftticket, ich erinnere an das Bim-for-two, das ab nächster Woche wieder stattfindet, im Winter fährt eine zweite Person gratis mit bei LangzeitkartenbesitzerInnen, das ist auch ein dezidiertes Angebot an Langzeitkartenbesitzer, es gibt das 3-Tages-Ticket, das wir inzwischen eingeführt haben, wir haben jetzt mit der Welcome-Box ein ganz spezielles Angebot mit Einzelfahrscheinen, 24-Stunden-Tickets an alle Menschen, die in Graz neu ansiedeln, also innerhalb des Rahmens versuchen wir immer wieder neue Wege zu gehen, aber generell stehe ich zu dem Rahmen, der vertraglich vereinbart ist. Allerdings, wie gesagt, die Schwerpunktsetzung muss wieder stärker in die Richtung gehen, dass Einzelfahrscheine erhöht werden, also nicht zu Lasten der

Langzeitfahrtscheine, weil auch dort der richtige Ansatzpunkt liegt und damit bin ich schon fertig.

GRin. Mag^a **Bauer**: Viele Tickets, viele Angebote, ein großes Durcheinander, es ist schon wirklich schwierig, den Überblick zu halten und es ist überhaupt schon sehr aufwändig, da sich durchzuschauen und selbst auszurechnen, was ist für mich persönlich am günstigsten. Das was mir und uns immer (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) am Herzen gelegen ist, ist ein Angebot für die Grazerinnen und Grazer. Ich habe hier bereits schon zweimal im Gemeinderat rund um das Familienticket, das heißt, erste Karte Vollpreis oder zweite Karte Langzeitkarte kostengünstig oder sei es eine Staffelung, angefragt. Im Jahr 2005 hat man gesagt, der Verkehrsverbund hält das für sinnvoll, es wird diskutiert, es wird verhandelt. Meine Frage an dich, bist du bereit, dieses Modell wieder aufzugreifen und in die Verhandlungen miteinzubringen. Uns geht es um die Grazerinnen und Grazer, nicht um spontane Angebote, der der kommt, erhält ein Ticket, der zu spät kommt, erhält kein Ticket, sondern es geht um ein dauerhaftes Angebot für die BewohnerInnen hier in Graz (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Darf ich einmal ganz kurz auch an die sozialdemokratische Fraktion den Wunsch herantragen, nachdem ihr ja nicht unwesentlich beteiligt seid in Österreich, die sozialdemokratische Fraktion auf Bundesebene eine Verkehrspolitik verantwortet, auf Landesebene mit auf der Bremse steht, wenn es darum geht, Nahverkehrsfinanzierung neu anzudenken, würde ich dich bitten (*Applaus Grüne*), liebe Frau Gemeinderätin, auch in deiner Fraktion die Stimmung in Richtung bessere Nahverkehrsbedingungen für die Stadt Graz stärker sich einzusetzen. Das andere ist, dass du herantrittst, die Familienförderung im Verbund ist eine gute, bitte sehr, da

fährt man Halbp reis und alle, die mitfahren, fahren gratis und wenn wir aus dem Verbund mit einer eigenen Stadtregelung aussteigen würden, würden wir wesentlich teurer fahren und hätten als Grazer und Grazerinnen nicht einmal Zugriff eben auf die Angebote des Verbundes. Es ist keine Ausrede, es ist von euch mitverhandeltes Faktum, das wir hier haben.

11) Neubesetzung Leitung Literaturhaus

GRin. **Binder** stellt an StR. Mag. **Müller** folgende Frage:

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat Müller! Ende 2012 endet der Betreibervertrag zwischen dem Uni-Nabl-Institut und der Stadt Graz bezüglich des Literaturhauses. Also gehe ich davon aus, wird wieder neu aufgesetzt werden müssen. Gerüchteweise soll auch der jetzige Leiter des Literaturhauses und des Nabl-Institutes, der Herr Dr. Melzer, in Pension gehen. Gerüchteweise wird aber auch gesagt oder ist mir zugespielt worden, dass es jetzt schon informelle Gespräche gibt mit der Universität, wie die Nachbesetzung im Literaturhaus personell dann bewerkstelligt werden soll und gerüchteweise ist mir auch zugetragen worden, dass es hier keine Ausschreibung geben soll. Jetzt weiß ich schon, bis Ende 2012 ist schon noch ein bisschen Zeit, darüber nachzudenken, aber in den letzten zwei Jahren weiß ich, dass man ganz gerne Verträge oder Neubesetzungen nicht ausschreibt, ist passiert bei einigen Kulturinstitutionen, soll nicht noch einmal vorkommen.

Daher meine

F r a g e

an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat Müller: Wie sieht das Prozedere zur Neubestellung der Leitung des Grazer Literaturhauses aus? Gibt es da schon was Konkretes?

StR. Mag. **Müller**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Wir haben in der letzten Gemeinderatssitzung den Evaluierungsbericht hier behandelt und dort ist auch ganz klar zum Ausdruck gebracht, dass der Synergieeffekt zwischen Literaturhaus und Franz-Nabl-Institut wirklich sehr sinnvoll erscheint. Ich glaube, das soll man bei all diesem auch berücksichtigen. Die Entscheidung über einen neuen Vertrag sollte jedenfalls damit im Einvernehmen stehen, dass man auch hier diese Personalentscheidung trifft. Wir wissen alle, Herr Prof. Melzer leitet einen der Leuchttürme der Grazer Kultur, und es ist so, dass wir dieses Einvernehmen auch wirklich nur mit einer und jetzt ganz offiziellen Verhandlung mit der Frau Rektorin Neuper regeln können. Das wollen wir auch machen, ja selbstverständlich, und es geht darum, dass wir diese Vorbereitungsarbeiten natürlich ehebaldigst in Angriff nehmen werden. Es ist so, dass diese Vertragsgestaltung auch für die Neubesetzung erst dann passieren kann, wenn es, da müssen zuerst die Rahmenbedingungen auch geklärt sein, und ich glaube, dass eine Besetzung wirklich ohne Ausschreibung kaum möglich sein wird, weil ja das Stellenbesetzungsgesetz auf jeden Fall zur Anwendung zu bringen ist. Also ich schließe es aus, dass wenn diese Stelle frei ist, dass dann ohne Ausschreibung diese Stelle einfach besetzt werden kann. Das sind rein technische Vorgaben, die eine Ausschreibung erfordern. Es ist so, dass die Zeit bis dorthin eben genutzt werden soll, auch wirklich mit der Universität entsprechend zu verhandeln, um zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen, weil gerade aus wirtschaftlichen Gründen ist es jetzt so, dass man das Franz-Nabl-Institut als Universitätsstelle hat mit einer Aufzählung praktisch für das Literaturhaus und dass das sowohl inhaltlich als auch wirtschaftlich die bestmögliche Lösung ist. In diese Richtung soll das auch entwickelt werden (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Binder**: Danke für die Ausführung, Herr Stadtrat Müller. Ja, der Evaluierungsbericht setzt sich auch mit dem Literaturhaus auseinander und holt wirklich den Synergieeffekt als sehr positiv heraus. Gleichzeitig sagt aber der Bericht

auch, dass so eine enge Verknüpfung personeller Art zwischen Franz-Nabl-Institut und Literaturhaus nicht unbedingt wünschenswert ist und dass man bei einer Neuaufsetzung hier eine neue Schiene legen sollte. Ich habe auch vernommen, dass Sie meinen, dass es eine Neuausschreibung geben wird müssen nach dem Stellenbesetzungsgesetz, habe jetzt folgende Frage trotzdem als Zusatz an Sie: Sollte Herr Dr. Melzer, dessen Arbeit ich schätze, sollte Herr Dr. Melzer sich wieder bewerben, gilt hier auch die Ausschreibungspflicht?

StR. Mag. **Müller**: So dass das Stellenbesetzungsgesetz eindeutig vorsieht, dass diese Ausschreibungspflicht nur für freie Stellen gilt. Also in dem Sinne, das ist einfach, da zitiere ich das Gesetz, das ist so. Aber ich glaube, es ist eine andere Frage wichtiger, und zwar die Verhandlung mit der Universität über die gemeinsame Fortführung, also in dem Fall ist sicher die Frau Rektorin Neuper gefragt und da werden wir sehr ordentlich die Verhandlungen führen, um da zu einem konstruktiven Ergebnis im Sinne des Literaturhauses zu kommen (*Applaus SPÖ*).